

Krankenhäuser, Altenheime: Gute Pflege. Gut bezahlt!



Krankenhäuser werden zunehmend privatisiert, weil die öffentliche Hand kurzfristige Ausgaben nicht realisieren kann. Es wird dann nach Investoren gesucht, die angeblich zahlungsfähig sind und die Krankenhäuser oft sogar für symbolische Preise übernehmen. Oft wirft die öffentliche Hand ihnen im Laufe der Übernahme noch Steuermittel hinterher. Personal wird abgebaut, die Qualität der Behandlung und Pflege leidet. Die Kasse des Investors klingelt. In kleineren Städten werden Krankenhäuser geschlossen, in ländlichen Regionen mehrere „zusammengelegt“. Damit muss Schluss sein! Unser aller Daseinsvorsorge muss öffentlich und demokratisch kontrolliert sein und darf nicht Gewinninteressen ausgeliefert werden. Einzige Richtschnur ist unser Bedarf nach Gesundheitsversorgung. Geld könnte genug da sein, für gut ausgestattete Krankenhäuser mit geschultem Personal in ausreichender Anzahl, damit der Gang ins Krankenhaus nicht zunehmend zum Gesundheitsrisiko wird.

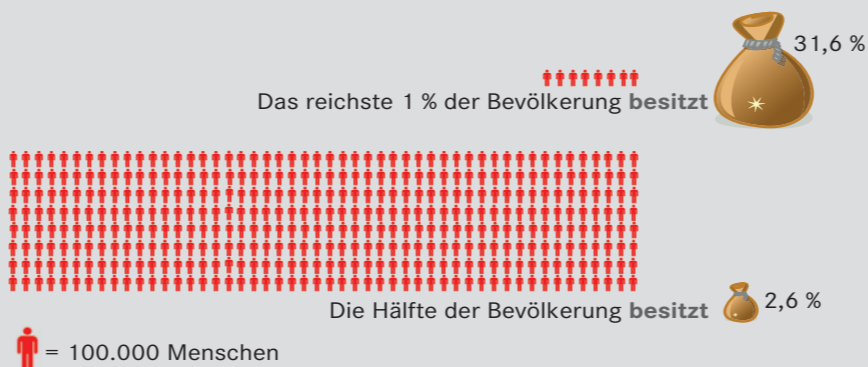
Ähnliches gilt für unsere Pflege im Alter: Ein hoher, menschenwürdiger Standard muss in öffentlichen Altenheimen für jede und jeden angeboten werden können. Dafür müssen die Kommunen mit genügend Geld für Gebäude und gut bezahltes Personal in ausreichender Zahl ausgestattet werden. Zeit für Zuwendung statt engster Orientierung an Budget und Pauschalen!



DIE LINKE für eine Vermögensteuer

Die Vermögensverteilung in Deutschland ist empörend: Die Gesamtmenge von über zehn Billionen Euro privater Vermögen befindet sich in immer weniger Händen. Allein das reichste 1 % der Bevölkerung besitzt davon etwa ein Drittel, das reichste Tausendstel ein Sechstel. Viele von denen, die diesen Reichtum mit ihrer Arbeit vermehren, müssen als Leih- oder Werkvertragsbeschäftigte den Gürtel enger schnallen. Vermögen, ja selbst kleine Sparguthaben, können sie selten ansammeln: Ihr Geld reicht kaum für das Nötigste.

Verteilung des Privatvermögens in Deutschland



Grafik: E. Schu; Zahlen: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) Berlin

Liebe Wählerin, lieber Wähler,

wir stellen Ihnen mit diesem Informationsblatt unsere Konzepte vor, wie wir die verkehrte Welt der Förderung von Superreichen und der Schikane der Niedrig- und Normalverdienenden wieder in Ordnung bringen wollen. Wir fordern zum Beispiel eine Vermögensteuer, welche **nur nach dem Teil von Vermögen, welcher über eine Million € hinaus geht**, fünf Prozent der öffentlichen Hand zuführt. Betriebsvermögen sollen erst über einem Freibetrag von fünf Millionen € besteuert werden.

Alleine die Vermögensteuer würde 80 Mrd. € pro Jahr schöpfen. Da Vermögensteuer eine Ländersteuer ist, kämen die Erlöse direkt den Bundesländern und damit auch den Kommunen zugute. Für öffentlichen Wohnungsbau, Krankenhäuser, Stadtwerke, (Hoch-)schulen, kommunale Bildungs- und Kultureinrichtungen: Der Zufluss von öffentlichem Geld in die Kommunen würde die bezahlbare öffentliche Versorgung für alle sofort verbessern.

Sozial. Gerecht. Frieden. Für alle.

Wählen Sie am 24. September



DIE LINKE. Landesverband Niedersachsen
Goseriede 8, 30159 Hannover
Telefon: 0511 / 92 45 910
E-Mail: landesbuero@dielinke-nds.de
V.i.S.d.P.: Hans-Georg Hartwig, Landesschatzmeister

Das rechnet sich!

DIE LINKE.
Landesverband Niedersachsen

■ Weniger Steuern

- bis 1.400 €/Monat → keine Steuern
 - bis 7.000 €/Monat → Steuerentlastung
- Darum: Finanzierung des Staats vor allem durch höhere Besteuerung der **Superreichen**.

■ 180 Mrd. € mehr für's Gemeinwohl

- Gut ausgestattete
- Krankenhäuser und Altenheime
 - KiTas, Schulen und Hochschulen
 - Gut bezahlte öffentliche Arbeitsplätze
 - Bezahlbare Wohnungen
 - Preiswerte öffentliche Verkehrsmittel

■ Bessere Sozialversicherungen

Für gute Rente, Kranken- und Pflegeversicherung: Reiche müssen von ihrem gesamten Einkommen beitragen, wie alle anderen.

Umverteilen! Aber wie?

In Deutschland wird sogar das Existenzminimum von Erwerbstätigen besteuert. Deutlichstes Zeichen: Wer durch seine Arbeit gerade einmal aus Hartz IV heraus sein könnte, wird oft durch die Lohnsteuer wieder bedürftig gemacht. So darf Steuerpolitik nicht sein!

Wir, DIE LINKE, haben das in unserem Steuerkonzept berücksichtigt:

- Keine Lohnsteuer bis 1.400 € brutto pro Monat (Single)
- Steuerentlastung bis zu einem monatlichen Einkommen von 7.000 € brutto pro Monat
- Für Familien noch deutlich mehr Entlastung incl. höherem Kindergeld: Beispiel Familie mit 2 Kindern, 3.500 €/Monat brutto: 5.000 €/Jahr Entlastung.

Ein ganz anderes Steuerkonzept

Steuern sind wichtig, damit der Staat handlungsfähig ist. Wohnungen müssen durch die öffentliche Hand gebaut werden, damit Mieten nicht „durch die Decke schießen“. Krankenhäuser gehören in öffentliche Hand, damit sie ausnahmslos unserer Gesundheit dienen. Das sind nur zwei Beispiele von vielen.

Reiche Menschen sind jedoch in den letzten Jahren entlastet worden und nutzen das gesparte Geld, um aus den Bedürfnissen der Mehrheit ihr Geschäft zu machen. So haben sie nur ihren eigenen Reichtum vermehrt. Wir, DIE LINKE, wollen das ändern und großen Reichtum höher besteuern.

Auf der anderen Seite wollen wir die meisten Menschen von Abgaben entlasten. Überzeugen Sie sich selbst.

Was habe ich davon?

Gegenüberstellung Ihres Nettobezugs nach Sozialversicherung und Steuer. Steuern fallen bei Netto Tarif DIE LINKE erst über 1.400 €/Monat (brutto) an.

Einkommen im Monat (brutto)	Netto derzeit	Netto Tarif DIE LINKE	+/- monatlich	+/- jährlich
1.300,-	990,-	1.070,-	+ 80,-	+ 870,-
1.700,-	1.220,-	1.350,-	+ 130,-	+ 1.500,-
3.400,-	2.140,-	2.340,-	+ 200,-	+ 2.400,-
4.500,-	2.680,-	2.890,-	+ 210,-	+ 2.500,-
6.000,-	3.420,-	3.540,-	+ 120,-	+ 1.400,-
8.000,-	4.500,-	4.200,-	- 300,-	- 3.300,-
10.000,-	5.600,-	4.900,-	- 700,-	- 8.500,-
* 105.000,-	56.000,-	31.000,-	- 25.000,-	- 300.000,-

Tabelle. 2. Spalte: Was bleibt netto vom Bruttoeinkommen bei aktueller Besteuerung und nach Abzug heutiger Sozialversicherungsbeiträge? **Dritte Spalte:** Ergebnis von Besteuerung nach dem durch DIE LINKE vorgeschlagenen Tarif und nach Abzug des Beitrags zur solidarischen Gesundheitsversicherung statt der herkömmlichen Krankenversicherung. Dieser Beitrag soll mit je 6 Prozent für Arbeitnehmer und Arbeitgeber prozentual geringer als der zur aktuellen gesetzlichen Krankenversicherung sein. Dennoch können viel mehr Leistungen finanziert werden, weil auch von höchsten Einkommen jeglicher Art der gleiche Prozentsatz in den gemeinsamen Topf eingezahlt wird. Information dazu im Internet: beitragsrechner.linksfraktion.de

*In der Tabelle ganz unten sehen Sie die von einem Managergehalt von 1,25 Mio € pro Jahr zu leistenden Abgaben. Solcher Reichtum soll mehr beitragen.

Zugrunde gelegt: Abhängig beschäftigt, Lohnsteuerklasse 1, Steuertarif 2018. Ergebnisse gerundet.

Gewaltiger Reichtum für Wenige oder für das Gemeinwohl?

Es ist ein Skandal, dass z.B. die fünf reichsten Deutschen so viel besitzen wie die unteren 40 Prozent der Bevölkerung. Obwohl es immer wieder beklagt wird, ändert sich bisher daran nichts.

Zu vieles in unserer Gesellschaft ist so geregelt, dass große Vermögen sich noch weiter vermehren, während die große Mehrheit den Gürtel immer enger schnallen muss. DIE LINKE will entschieden gegensteuern.

Daher will sie vor allem große Vermögen und hohe Erbschaften, höchste Einkommen, Kapitalerträge, Spekulations- und Konzerngewinne höher besteuern. 180 Mrd. € können jährlich mehr eingenommen werden, um unsere Gesellschaft wieder in Ordnung zu bringen. Für ein besseres Leben für uns alle.

Wohnungen zum Leben statt für Profite!

In immer mehr Städten in Deutschland spitzt sich der Wohnungsmarkt zu. Die Miete für eine angemessene Wohnung in ausreichender Größe und gutem Zustand erfordert einen zunehmend größeren Teil unseres Einkommens.

Dieser Missstand ist nicht vom Himmel gefallen, sondern Folge von Politik.

Es wurden kaum noch Sozialwohnungen gebaut. Auch kommunaler Wohnungsbau für Normalverdienende wurde immer seltener. Kommunen verfügen nicht über das Geld, um selbst aktiv zu werden. Daher werden Wohnungen nur von privaten Investoren gebaut, deren Triebfeder ihr Gewinninteresse ist. Versuche, diese durch Regelungen dazu zu bringen, dass sie bezahlbaren Wohnraum schaffen, scheitern regelmäßig. Aktuelles Beispiel: die sogenannte Mietpreisbremse.

Der wichtigste Weg, bezahlbaren Wohnraum für den kleinen und mittleren Geldbeutel zu schaffen, besteht darin, dass die Kommunen selbst wieder als Bauherren aktiv werden. Dazu brauchen sie Geld, das durch höhere Besteuerung der wirklich Reichen zu gewinnen ist.



Öffentliche Verkehrsmittel müssen für alle bezahlbar sein!

Öffentliche Verkehrsmittel sind die vernünftigste Lösung. Wir alle wollen unser Bedürfnis, mobil zu sein, ohne erhöhtes Staaufkommen und möglichst umweltverträglich befriedigen. Leider sind Bus und Bahn aber sehr oft nicht die preiswerteste und auch nicht die am besten funktionierende Alternative: In vielen Städten und noch mehr auf dem Land fahren Busse nicht auf allen Linien ausreichend häufig. Abends kann man besonders auf dem Land sehr oft weder beruflich (z.B. Schichtdienst) noch privat etwas unternehmen, weil dann gar kein Bus mehr fährt. Wer sich frei bewegen will, ist auf ein eigenes Auto angewiesen.



Tatsächlich liegt es am fehlenden Geld in den öffentlichen Kassen:

Es würden mehr Menschen Bus und Bahn nutzen, wenn die Fahrtscheine preiswerter wären und die Strecken häufiger bedient würden. Weitere Investitionen für die Einrichtung von mehr Verbindungen wären dann nötig. Auch hierfür muss genügend Geld in die öffentliche Hand. Unsere Länder und Kommunen sollen gut ausgestattete öffentliche Verkehrsnetze bekommen.

DIE LINKE will einen sozialökologischen Umbau der Gesellschaft, damit wir alle eine lebenswerte Zukunft haben.

ÖFFENTLICHEN DIENST WIEDERHERSTELLEN!

Von Beginn der 90er Jahre bis heute (2017) sind im öffentlichen Dienst zwei Millionen Stellen gestrichen worden. Auch bei Bahn und Post ist Gewinnmaximierung zum Leitziel geworden. Wegen der systematischen Entleerung der öffentlichen Kassen setzt sich der Trend fort. Die Gewerkschaft ver.di hat ermittelt, dass alleine in Krankenhäusern bundesweit 160.000 Stellen fehlen. Der angebliche „Pflegenotstand“ in Altenheimen entsteht vor allem durch schlechte Bezahlung und ungünstige Arbeitszeiten. So kommt es zum „Mangel an Personal“.

Sogenannte Ein-Euro-Jobs oder Bürgerarbeit sind eine neue Form öffentlicher Beschäftigung, zu der viele Menschen gezwungen werden. Wenn in unseren Kommunen Arbeitslose die Grünanlagen pflegen, handelt es sich auch hier um vollwertige, harte Arbeit, die bei Wind und Wetter zuverlässig getan werden muss.

Arbeit wird durch schlechte Bezahlung entwertet. Wir fordern, dass jede Arbeit mit einem Mindestlohn von 12 € bezahlt werden muss oder, wenn der Tarif darüber liegt, selbstverständlich tariflich. So kann der Notstand beseitigt werden und die Entwürdigungen und Entwertungen der Arbeit haben ein Ende!

FOLGEN DER SCHULDENBREMSE

Die Verarmung der Kommunen ist eine langfristig angelegte Strategie, welche Privatisierungen gefördert hat. Hauptinstrument mit Verfassungsrang ist seit 2009 die „Schuldenbremse“. Sie hindert Regierungen daran, notwendige Kredite aufzunehmen. So können reiche Privatleute als angeblich rettende Investoren auftreten und mit Hilfe von geringeren Leistungen und höheren Preisen auf unser aller Kosten ihr Geschäft mit unserer Infrastruktur machen.